

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Redaktionschef  
Tageblatt Rieser  
Grenzstr. 20.  
Postfach Nr. 22.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptpostamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto  
Rieser 1880.  
Stempel:  
Rieser Nr. 22.

Nr. 214.

Sonntag, 13. September 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Papiere und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für den gewöhnlichen Anzeigensatz 100 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Reklameweile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Größter Anzeigensatz an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Gostelstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ullmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Rieser.

## Die Schicksalsstunde ist gekommen. Deutscher Wähler, denke an Deine Pflicht!

### Die große Wahlklacht.

Die größte Partei ist die der Nichtwähler! Um sie geht letzten Endes der große Kampf. Oft genug ist es unseren Volksgenossen gesagt worden. Die Führer aller Parteien haben es in den letzten Wochen in Wort und Schrift immer wieder ihren Anhängern eingehämmert: **Wahlrecht ist Wahlpflicht!** Wer nicht zur Wahlurne kommt, dient der Sache seines politischen Gegners. Auch von der anderen Seite — nämlich von der Wahlunlustigen — haben wir so manches Argument hören müssen. Da ist vor allem das zum Teil unterdrückte, zum Teil blöde Geschimpfe auf den Parlamentarismus überhaupt. Vielen paßt die ganze Richtung nicht mehr. Viele sind verzerrt über den wahrlich nicht gerade ruhmvollen Ausgang des letzten Parlamentes. Viele glauben nicht mehr an die ihnen einst so hochpreisene Bedeutung jenes stattlichen Hauses in der Reichshauptstadt, das seiner prangenden Inschrift nach „Dem deutschen Volke“ geweiht ist. Viele sehen in den Abgeordneten nur solche Zeitgenossen, die brav Diäten einstecken und in der 1. Klasse kostenlos herumgondeln dürfen, — leider aber, wie nur zu oft festgestellt werden mußte, bei wichtigen Entscheidungen an der Stelle fehlten, wohin sie das Vertrauen ihrer Wähler hingeseht hatte. Vielen ist auch das derzeitige Wahlsystem — und dies nicht ohne gewisse Berechtigung — unympathisch, weil viel zu wenig die Persönlichkeit als die Partei darin zum Ausdruck kommt. Viele aber — und bedauerlicherweise nicht einmal die Schlechtesten und Gedankenträgsten unter uns! — stehen den so oft gehörten Versprechungen und Programmen, den großen Worten und nicht minder großen Worten der unermüdbaren Wahlredner von vornherein skeptisch gegenüber, da sie aus Erfahrung wissen, daß die folgenden „Taten“ zumeist in recht traurigem Verhältnis zu den Versprechungen der Wahlpropaganda zu stehen pflegen.

Dann aber gibt es die völlig Indolenten oder gar Boshaften. Auch ihre Zahl ist nicht zu unterschätzen. Regnet es am Wahltag, so sind sie zu faul, mit ihrem Schirm bewaffnet, ihr Wahllokal aufzusuchen. Scheint die liebe Sonne vom Himmel, so haben sie keine Lust, ihren Sport, ihren Ausflug oder ihre Gartenarbeiten „nur wegen der dämlichen Wahlgeschichte“ einmal hintenanzustellen. Das aber sind die Aller schlimmsten! Und traurig ist es, daß bei den letzten Wahlen statistisch festgestellt worden ist, daß zu dieser Kategorie von armenigen Zeitgenossen vorwiegend Frauen und Jungwähler zählen. Man sollte meinen, daß das unsere Frauen doch wahrlich erst verhältnismäßig kurze Zeit eingeräumte Staatsbürgerrecht die deutsche Frauenwelt politisch reifer gemacht hätte. Man sollte auch annehmen, daß junge Menschen, die erst kürzlich in das wahlberechtigte Alter eingetreten sind, mit ganz besonderem Eifer zur Wahlurne gehen und sich ihres Bürgerrechtes freuen würden. Dies ist leider nicht der Fall und auch diesmal wieder werden wir, wenn nicht inzwischen die schwere Not unseres Volkes die Nichtwähler energisch aufgerüttelt haben sollte, die Erfahrung bestätigen finden, daß Frauen und Jugend in unverhältnismäßig großer Zahl dem Wahllokal fernbleiben. — So also steht das Heer derjenigen aus, das jeder Partei die größte und leider auch erfolgreichste Opposition bietet. Ist das nicht traurig, liebe deutsche Freunde? Und noch viel mehr, — ist es nicht eine Katastrophe, daß gewisse Radikalkräfte und Staatsfeinde lächelnd Erfolge einstecken können, weil die, auf die es ankommt, beim Kaffeestopf daheim hocken und meinen: „Ach, auf mich kommt es ja gar nicht an!“ — Dann aber ist eitel Zähneklappern, wenn in der Zeitung Schwarz auf weiß die schier endlosen Ziffern gerade jener Parteien erscheinen, denen auch der Indolente und Unmündigste diese Erfolge ganz und gar nicht gönnt hätte. Dann fragt man sich, wie es kommen kann, daß die Zusammenfassung unseres neuen Volkshauses so ganz anders sein wird, als man trotz aller Gleichgültigkeit schon um seiner eigenen Lebensbelange erwartet hat. Dann heißt es plötzlich, die staats-erhaltenden Parteien hätten sich nicht genug Mühe gegeben, die Wahlvorbereitung wäre nicht tatkräftig genug durchgeführt worden. — Daß aber jeder einzelne Nichtwähler an seinem eigenen Unglück und dem des gesamten deutschen Volkes die Schuld trägt, — das wollen diese guten Leute nicht einsehen. Was kommt es denn auch auf eine lumpige Stimme an?! — Es kommt aber auf eine einzige Stimme an! Koch ist es Zeit, das einzusehen. Nachher ist die sehr laune Neue da. Denkt also daran und kommt zur Wahl!

### Die Aufhebung des Saarbahnschubes beschlossen.

Genf, 12. September. Der Völkerbundrat hat heute nachmittags die Aufhebung des Bahnschubes im Saargebiet einstimmig beschlossen.

Der Berichterstatter Scialoja erwähnte in seinem Bericht, daß der in der Ratssitzung vom 9. September eingeleitete Sonderauschuss der Regierungskommission des Saargebietes die Frage vorlegte, ob und unter welchen Bedingungen sie sich dafür verbürgen könne, das entsprechend dem Versailler Vertrag die Freiheit des Verkehrs und Transits im Saargebiet gewährleisten zu können.

Darauf hat die Regierungskommission, wie der Berichterstatter weiter mitteilte, einstimmig folgendes Gutachten abgegeben: Falls der Völkerbundrat die Aufhebung der Feldbahnkommission und des Bahnschubes beschließen sollte, würde die Regierungskommission imstande sein, die Verantwortung für die Sicherheit des Verkehrs und Transits auf den Saarbahnen in folgender Weise zu übernehmen:

1. Bei der Festlegung der Stärke der örtlichen Gendarmerie, ihrer Verwendung und Zusammenfassung würde sie der Notwendigkeit der Sicherheit des Schubes des Verkehrs und Transits besonders Rechnung tragen.
2. Sie würde die Schaffung eines besonderen Organs durchführen, über das bereits Vorstudien angestellt worden sind und das in technischer Hinsicht die Sicherheit dieses Verkehrs zu wahren hätte.
3. Für den Fall von Unruhen hat sich die Regierungskommission bereits durch Auslegung der Bestimmungen des Friedensvertrages das Recht vorbehalten, geeignete technische und militärische Kräfte, soweit sie zur Aufrechterhaltung des Verkehrs notwendig sind, heranzuziehen.

Der Völkerbundrat hat entsprechend dem Vorschlag des Berichterstatters beschlossen: 1. Die auf Grund seiner Entschließung vom 12. März 1927 gebildeten Bahnschutztruppen sowie die Feldbahnkommission aufzuheben; 2. daß diese Aufhebung innerhalb der Höchstfrist von drei Monaten, in der die von der Regierungskommission des Saargebietes in Aussicht genommenen Maßnahmen durchgeführt werden sollen, erfolgt.

Die Annahme des Berichts durch den Völkerbundrat erfolgte, abgesehen von zwei kurzen Erklärungen des deutschen und des französischen Außenministers, ohne Ansprache.

Reichsjustizminister Dr. Curtius erklärte, er begrüße es, daß durch die jetzt gefundene Regelung eine Lage geschaffen werde, die den Wünschen der Saarbevölkerung entspreche. Was den von der Regierungskommission des Saargebietes erwähnten dritten Punkt, den Fall von Unruhen, betreffe, so habe Dr. Stresemann bereits früher im Völkerbundrat den deutschen Rechtsstandpunkt dargelegt, wonach nach Ansicht der deutschen Regierung dieser Fall niemals eintreten werde.

Briand erklärte, daß er nach den Ausführungen der Regierungskommission des Saargebietes über die Sicherung des Verkehrs keine Einwände gegen die vorgeschlagene Entschließung zu erheben habe. Er sei gleichfalls der Ansicht, daß der erwähnte dritte Fall niemals eintreten werde. Für den Augenblick genüge die Feststellung, daß die Regierungskommission mit den notwendigen Mitteln ausgestattet sei, um ihre Verpflichtungen zu erfüllen.

### Die Stellungnahme der deutschen Vertretung.

Genf. Von Seiten der deutschen Abordnung wird an dem Beschluß des Völkerbundrates über die Zurückziehung des Saarbahnschubes folgendermaßen Stellung genommen:

Der Beschluß des Völkerbundrates bedeutet die endgültige Zurückziehung der letzten, heute noch an deutschem Boden stehenden alliierten Truppen, die spätestens mit dem 1. Januar 1931 das Saargebiet zu verlassen haben. Die interalliierte Bahnschutzkommission wird gleichfalls aufgehoben. Die Sicherung des Verkehrs und des Transits verbleibt nunmehr ausschließlich auf die Saarregierung über, die durch die örtlichen Gendarmeriebehörden die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen hat. Die Entschließung des Völkerbundrates vom Jahre 1926, in der im Falle von Unruhen der Saarregierung das Recht zugesprochen wurde, fremde Streitkräfte ins Land zu rufen, wird durch die neue Entscheidung dahin abgeändert, daß die Saarregierung im Falle von Unruhen das Recht erhält, in Verleugung des ihr nach dem Versailler Vertrag zustehenden Auslegungsbrechens militärische und technische Kräfte zur Sicherung des Verkehrs kommen zu lassen. Die Saarregierung hat damit das Recht, auch deutsche Kräfte, nötigenfalls deutsche Schutzpolizei, zum Schutze des Saargebietes anzuordern. Innerhalb der Saarregierung hat das deutsche Mitglied die Möglichkeit der Anforderung deutscher Kräfte ausdrücklich festgestellt. Der deutsche und der französische Außenminister haben übereinstimmend hervorgehoben, daß ein Fall, in dem die Heranziehung von fremden Kräften zur Verstärkung der Gendarmerie notwendig wäre, voraussichtlich niemals eintreten wird. Von Seiten der deutschen Abordnung wird ferner darauf hingewiesen, daß im Falle einer Volksabstimmung der Schutz des Saargebietes ausschließlich in den Händen der von Völkerbundrat eingesetzten Abstimmungskommission liegen und die Saarregierung bei Unruhen während der Abstimmung nicht die Möglichkeit haben würde, fremde Militärkräfte anzuordern. Die jetzt vom Völkerbundrat getroffene Regelung wird von Seiten der deutschen Vertreter als eine befriedigende Lösung der Frage bezeichnet.

### „Le Temps“ über die Friedensreden Briands und Hendersons.

Paris. Der „Le Temps“, der die gekrigte Rede Briands im Völkerbund mit einer Handlung vergleicht, die großen Widerhall in der zivilisierten Welt finden werde, findet in Hendersons Rede einen Gegensatz zum französischen Standpunkt. Briand wünscht, sagt das Blatt, ein auf der Grundlage des Rechts und der für alle Nationen garantierten Sicherheit organisierten Friedens, der englische Außenminister dagegen glaube an das Wunder der Abrüstung, die allein genüge, den dauerhaften Frieden herbeizuführen. Briands Auffassung sei die einer großen Nation, die innerhalb weniger als eines Jahrhunderts wiederholt feindliche Einfälle erlebt und mehr als alle anderen unter den Schrecken des Krieges gelitten habe. Sie wünsche den Frieden mit allen Fasern ihres Herzens, aber einen Frieden mit Würde. Die Auffassung Hendersons sei die einer großen Nation, die hinter der Mauer des Meeres keiner direkten Bedrohung ausgesetzt sei und für die die Jahre 1914 bis 1918 nicht die gleiche entscheidende Bedeutung hätten wie für Frankreich und andere kontinentale Nationen. Das Vertrauen in die traditionelle Isolierungspolitik sei auch in England durch die neuen Lebensbedingungen der Welt nicht ernstlich erschüttert worden. England wolle frei bleiben, vom Besten seiner Interessen entsprechend den Umständen handeln zu können.

und glaube, die allgemeine Abrüstung genüge, um endgültig den Krieg zu beseitigen. Man habe es also mit dem gleichen Ziel, dem Frieden, zu tun, aber mit zwei verschiedenen Methoden, durch die man dieses Ziel zu erreichen suche. Vom europäischen Gesichtspunkt aus entspreche ohne Zweifel die französische Auffassung den gegenwärtigen europäischen Möglichkeiten am besten.

### Neuer Reichs-Etat um eine Milliarde gekürzt?

Berlin. Die „Kölnische Zeitung“ behauptet, daß der Reichshandelsrat für 1931, mit dessen Vorbereitung das Reichsfinanzministerium bereits seit Wochen beschäftigt ist, sowohl bei den Einnahmen wie bei den Ausgaben etwa eine Milliarde niedriger sein werde als der letzte. Die Regierung rechne mit einem Steuereinzahl wegen der Wirtschaftskrise in Höhe von 620 Millionen; sie wolle weiter die Kapitalertragssteuer um 60 Millionen erleichtern und denke an einen Ausfall von 170 Millionen durch die Beseitigung der Induktibelsteuer und um einen solchen von 220 Millionen durch den Fortfall der Fehlbekanntgaben. Dagegen solle die Bedingtensteuer weiter bestehen bleiben. Die Minderung der Ausgaben soll mit 300 Millionen — immer noch dem genannten Blatt — durch die Reform der Arbeitslosenversicherung erreicht werden. Aber auch mit Beachtung der übrigen Ausgabenkürzungen bleibe noch ein Defizit von 170 Millionen.